

Volke-Zeitung

Dreihundfünfundvierzigster Jahrgang.

werd. d. 7. Spalt. 38 mm. Kolonnetze oder deren Raum mit 40 Pf. berechn. u. in untern Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamieren die 92 mm breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigerannahmestelle vorm. 11 Uhr. für die Sonntag-Dr. abend 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Drensestraße 15, Gr. Druckhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. 1. März 24 und Große Ulrichstr. 52.

für Halle monatlich bei zweimaliger Zahlung 1.00 Mark, vierteljährlich 2.80 Mark. Durch die Post 2.50 Mark und 10 Pf. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsoverzeichnis unter "Volke-Zeitung" eingetragen. Für unentgeltlich eingesandene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe "Volke-Zeitung" gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Postverwaltung Nr. 1142, der Druckerei-Abteilung Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 46.

Halle, Dienstag, den 28. Januar.

1919.

Die deutsche Kohlenkatastrophe.

Besprechungen in Berlin über die Kohlenknappheit.

Der Mangel an Lokomotiven.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kohlenkatastrophe, von der das Deutsche Reich fast unmittelbar betroffen wird, ist gestern den ganzen Tag über Gegenstand von Besprechungen bei den verschiedenen Regierungstellen gewesen. Dem Vortragsbeauftragten Ebert gegenüber legte der Reichskohlenkommissar die geradezu katastrophale Situation der Kohlenversorgung dar und unterbreitete zwei Vorschläge, die auf die Erhöhung der Förderung im schlesischen Kohlenrevier abzielen. Vorkonferenzen Ebert stimmte, wie wir hören, den Ansichten und Vorschlägen des Kohlenkommissars zu. Mit dem Minister für öffentliche Arbeiten verhandelte der Reichskohlenkommissar wegen Bereitstellung einer größeren Anzahl von Wagen und neun Lokomotiven, die unbedingt erforderlich seien, damit vom Ruhrgebiet täglich drei Kohlezüge mehr abgelassen werden können. Nichts charakterisiert die bedrückende wirtschaftliche Lage mehr als die Tatsache, daß die Aufrechterhaltung unserer Industrie eines großen Teiles unserer Verkehrsmitel und unserer Beschäftigung davon abhängt, ob der Eisenbahnminister imstande sein wird, neun Lokomotiven mehr aufzutreiben. Derselbe hat jetzt, wie wir hören, die geforderten Lokomotiven zugelegt. Dadurch wird die vollständige Katastrophe etwas hinausgeschoben.

Kämpfe in Wilhelmshaven?

Odenburg, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie gemeldet wird, war in der Nacht lebhafte Waffengewehrfeuer und Artilleriefeuer aus Wilhelmshaven zu hören. Näheres darüber ist nicht bekannt. Im Laufe des Vormittags fand in Odenburg eine Eisenbahnerkonferenz statt, um über die Eisenbahnverbindung mit Wilhelmshaven, welche noch vollkommen unterbrochen ist, zu beraten.

Deutschland will Nord Schleswig schützen.

Kopenhagen, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) "Politiken" meldet, daß Deutschland mit allen Mitteln die Befreiung von Nord Schleswig durch die Dänen verhindern werde. Der deutsche Regierungsvorsteher, der diese Erklärung abgegeben hat, wies dabei auf die Vorbereitungen hin, die Deutschland gegen den Osten und gegen den Anstich der Polen treffe.

Vom polnischen Kriegeschauplatz.

WTB. Bromberg, 28. Januar. Amtlich. Wilhelmshafen wurde am 27. Januar von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen. Die Angreifer wurden abgewiesen und in Generalgefangenschaft. In den übrigen Teilen des Westfrontes Patrouillenaktivität. Die Orte: Gindorf, Torznowitz, Bruchmühl, Eichenau, Hielandorf, Eichenau und Klein-Randorf sind vom Feinde frei belassen.

Wilson in Brüssel.

Haag, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Nach einer Hausbesuchung ist Präsident Wilson in Brüssel eingetroffen. Er wurde vom Königspar und der Bevölkerung herzlich begrüßt. Wilson wird nach Antwerpen, Brüssel und Zeebrugge anschließend auch das vertriebene Löwen besuchen.

Die italienisch-griechischen Gegensätze.

Frankfurt a. M., 28. Januar. (Priv.-Tel.) Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Lugano: Nach einer Pariser Information des "Secolo" ist durch eine gerechte Ansprache zwischen Venizelos, Sonnino und Orlando ein Ausgleich in den Ansprüchen Italiens und Griechenlands sein Ende erreicht worden und dem Ausgleich nahe. Hieran macht Griechenland weitestgehende Konzessionen im Albanien. Es willigt ein, daß die griechische Grenze Pelona nicht erreicht und daß die Straße von Korfu neutralisiert wird. Dagegen unterstützt Italien die griechischen Ansprüche in Thrazien und zeigt sich auch im Dodekanes und in Kleinasien entgegenkommend. Insbesondere wird es den Dodekanes an Griechenland übergeben mit Ausnahme von einer oder zwei Inseln, die Italienische Kolonisation bleiben sollen. Dagegen hat der italienisch-griechische Gegensatz nichts von seiner Schärfe verloren.

Für schnellen Friedensschluß.

Lugano, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Im "Corriere della Sera" tritt der ehemalige Ministerpräsident Zanussi für einen schnellen Friedensschluß ein, da

mit die politische und wirtschaftliche Ruhe endlich zurückkehrt. Aus Gründen der Menschlichkeit, der sozialen Sparsamkeit und der Staatsflucht sollen Waffenstillstände durch eine dauernde Abklärung ersetzt werden.

Der Streit um die Kolonien.

Zürich, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In Paris glaubt man in Konferenzkreisen, daß eine weitere Erörterung der Kolonialfragen wegen aktueller Fragen zurückgestellt werden würde. Hierzu wird bemerkt, daß die von den westlich-europäischen Mächten gemeldete Rede des französischen Kolonialministers Simon, in welcher er Logo und Kamerun für Frankreich verlangt haben soll, als nicht gehalten bemerkt wird.

Ein Blutbad in Steiermark.

WTB. Wien, 28. Januar. Den Märitzen zufolge wurden bei den gestrigen Kundgebungen in Marburg (Steiermark) acht Personen getötet und etwa 50 verwundet.

Das polnisch-tschechische Ringen.

WTB. Wien, 28. Januar. Die "N. Fr. Pr." meldet die Beilegung von Tschern durch die Tschechen. Beim bei einem Kampfe mit den Polen die tschechischen waren und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampfplatze zurückgelassen hatten.

Bisher gewählt: 126 Bürgerliche und 119 Sozialdemokraten.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Breslau liegen bis 12 Uhr nachts von insgesamt 23 Wahlstellen 14 Endresultate vor. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat die Deutsche demokratische Partei wieder einen sehr großen Wahlerfolg erzielt und man darf schon jetzt mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie ziemlich in derselben Stärke wie in die deutsche Nationalversammlung auch in die praktische Landesversammlung einziehen wird. Nachstehend geben wir eine Uebersicht der bisherigen Wahlergebnisse:

Demokraten	44	Stim.
Arbeiterpartei	38	"
Radikale	21	"
Deutsche Volkspartei	21	"
Zentrum	4	"
Christlich-sozialistische Bauernpartei	1	"

Trotsky in Wien?

WTB. Prag, 28. Januar. Nach Wiener Märitzen soll in der vergangenen Woche Trotsky in Wien gewirkt haben.

Kampfbericht aus Posen.

Bromberg, 27. Januar. (Amtlich.) In Richtung Sosenja haben wir unsere Patrouillen bis an das Südrande des Seidner-Bosch vorgeschoben. Eine Patrouille, die sich in Wilsch-Waldort befand, wurden nach kurzem Gefechtskampf von unseren Patrouillen vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinburg, Josenstein und Politz näherten, wurden abgewiesen. Wilhelmshafen (5 Kilometer südwestlich) wurde von uns besetzt. Eigene Artillerie versenkte Bandenlagerungen mittels Sturmboje. Eine Patrouille, die nach Orlau, etwa 5 Km. nordwestlich Rakel, vorstieß, wird eine polnische Bande aus. Um 1 Uhr nachts wurde unser Polzen in Wilhelmshafen von einer starken polnischen Bande angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen. Die Polen rücken systematisch gegen die brandenburgische Grenze vor. Die deutsche Gegenwehr gegen die in der Verfügung des Schabannes des obersten polnischen Volkstrates liegende Annäherung ist mit Promptigkeit eingetreten.

Bankrott des russischen Kommunismus.

Lenin hebt die Nationalisierung des Bodens auf. Die "P. P. R." erfahren über Schweden, daß der russische Kommunismus von der Nationalisierung des Bodens weit aus entfernt ist, die als mißlungen betrachtet werden kann. Lenin hat auch schon eine Verfügung erlassen, durch die die Nationalisierung aufgehoben wird, da sich eine gleichmäßige Verteilung des Bodens als unmöglich erwies. Das Land wird jetzt tatsächlich in Händen von den verfeindeten Klassen mit Gewalt festgehalten, wobei die härtesten und räuberischsten Gruppen die besten oder weitesten Landströden in Besitz haben. Man glaubt, daß auch der Versuch, die Industrie zu sozialisieren, mißlungen ist. Es ist bekannt, daß die Bolschewiken sich jetzt alle Mühe geben, die Fabrikdirektoren und Ingenieure wieder einzustellen, die von ihren eigenen Leuten, unter vollständiger Vertilgung aller wirtschaftlichen Bedingungen, vertrieben wurden. Gute Kenner der russischen Verhältnisse glauben, daß Stupland schnell einer liberalen und teilweise individualistischen Form des sozialen Lebens entgegenwärt, wie sie in den westlichen Ländern besteht.

Die Entente und der Friede.

Von unserer Berliner Redaktion.

Allmählich gewinnen die beiden großen Aufgaben der Zeit: Völkerverbund und Friedensgestaltung an Umriß. Es zeigt sich, was ja schließlich nicht anders zu erwarten war: daß in beiden Fällen die Großmächte, unter ihnen wieder Amerika, England und Frankreich, die Führung zu behalten wünschen. Italien steht ziemlich verärgert beiseite (die wenigen Worte, mit denen Sonnino die Wahl Clemenceaux zum Vorsitzenden der Friedenskonferenz empfahl, waren auf das Mindestmaß bundesgenössischer Höflichkeit beschränkt). Japan macht mißtrauische Vorbehalte, Rußland ist, ebenso wie Deutschland, einseitigen nur Gegenstand der Verhandlungen. Den Neutralen wird anheimgegeben, zu dem von den Großmächten zu verfassenden Völkerverbund aufzuliegen anträge zu stellen. Die feinen Verbindungen, besonders diejenigen unter ihnen, deren Staatsbürgerschaft noch neu und deren Abwägung entsprechend lebhaft ist, werden ernstlich vermerkt. Die Entscheidungsbefugnis der Friedenskonferenz, das will belegen: der auf ihr führenden Großmächte, soll nicht angefaßt werden.

Eine von den Vertretern Amerikas, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans geübte Erklärung (die ganz die Handschrift des Präsidenten Wilson hat) läßt "feierliche Warnung" an alle ergehen, die Gewalt anwenden, um sich in den Besitz von Gebieten zu setzen, über deren Zugehörigkeit erst die Friedenskonferenz entscheiden darf. Es wird diesen Angebunden vorgehalten, daß sie durch ihr Verhalten den eigenen Zweifel an der Rechtsgültigkeit ihrer Ansprüche veranlassen. Unverkennbar ist, daß die Warnung, obgleich niemand mit Namen genannt wird, vor allem gegen die Polen, daneben gegen die Tschechen sich richtet.

Der Inhalt von diesem Spruch ist sehr bemerkenswert und beweist, daß die Großmächte zum mindesten entschlossen sind, eine internationale Anarchie, eine Politik der Handreichung und Beutezüge nicht zuzulassen. Eine andere Frage ist es natürlich, ob diese Mächte gefunden sind, den Grundfragen der Entschlossenheit und des Wertens auf die Friedenskonferenz auch die eigene Handlungsweise entsprechend anzupassen. Wie steht es in diesem Fall von Maß-Notfragen gar nicht erst zu reden) mit dem Saargebiet? Wie, vor allem, mit den deutschen Kolonien? In einer Neuerkundung ließ es freilich nur kurzum: England ist geneigt, die Entscheidung über Palästina, Mesopotamien und die deutschen Kolonien dem Völkerverbund zu überlassen — also zum wenigsten den Schein zu wahren. Ebenfalls durch Reuter wird aber ein (in den "Times" veröffentlicht) ausgearbeiteter Verteilungsplan gemeldet. Danach soll Südwestafrika an die südafrikanischen Staatenbund fallen, während Logo, Kamerun und Südostafrika in irgend einer Form neutralisiert werden, die Südjemen zum Teil an Japan kommen sollen. Da der Völkerverbund, zum mindesten während einer Uebergangszeit, von einem Ausgleich der Großmächte geleitet werden soll, macht es tatsächlich nicht viel Unterschied, ob er oder die Friedenskonferenz über die Weltverteilung entscheidet.

Ohne eigentlichen Zusammenhang mit diesen Erörterungen, aber gleich mit ihnen zusammenfallend, ist die Anmeldung der dänischen Ansprüche: die übrigens in den Grenzen des Völkerverbandsbestimmungsrechtes bleiben.

Es heißt, daß eine der ersten Bedingungen des Völkerverbundes die Entlohnung des deutschen Heeres sein solle. Gleichzeitig erzählt man aus den Verfügungen des bayerischen Kriegsministers einiges über die Pläne zur künftigen deutschen Armee: einer Miltz von geringer Friedens-, aber ziemlich bedeutender Kriegsstärke. Eine solche, nur zum Schutze geeignete Wehrmacht wird dem Reiche wohl zugebilligt werden müssen, zumal Frankreich und England ihren Widerstand gegen die Abwicklung mit dem Vorhandensein eines deutschen Heeres begründen.

Ein vorläufiger Reichspräsident.

Berlin, 29. Januar. An der Spitze der provisorischen Reichsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, wird der "N. S." zufolge ein vorläufiger Reichspräsident stehen. Der Eröffnung der Sitzungen der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar an vorbereitende Fraktionsitzungen vorangehen. Die sozialdemokratische Reichspräsidentenwahlversammlung hat bereits am Dienstag zur konstituierenden Sitzung.

